

4737 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Bundesrates

B e r i c h t
des Finanzausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 21. Jänner 1994 betreffend vorgeschlagene Änderungen zum Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge (4. Juni 1954)

Das im Jahr 1954 abgeschlossene Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge trägt den Erfordernissen der Entwicklung nicht mehr voll Rechnung; insbesondere besteht für regionale Organisationen zur wirtschaftlichen Integration (Zoll- und Wirtschaftsunionen, wie z.B. die EWG) keine Möglichkeit, neben ihren Mitgliedstaaten selbst Vertragspartei des Abkommens zu werden.

Der vorliegende Staatsvertrag des Nationalrates trägt dem Umstand Rechnung, daß durch die Änderungen das Abkommen 1954 den neuen Gegebenheiten angepaßt werden soll, durch

- Einbeziehung regionaler Wirtschaftsintegrationen als mögliche Vertragsparteien
- Vereinfachung und Reduzierung der vorgesehenen Zollpapiere und
- sprachliche Verbesserungen.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Abkommens die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Finanzausschuß stellt nach Beratung der Vorlage am 25. Jänner 1994 mit Stimmeneinhelligkeit den Antrag, keinen Einspruch zu erheben.

Wien, 1994 01 25

Stefan Prähauser
Berichtersteller

Dr. Peter Kapral
Stv. Vorsitzender